

V-12 Queere Sicherheit stärken

Gremium: Dachstruktur QueerGrün (BAG feministische Queer- und Lesbenpolitik sowie BAG Schwulenpolitik)
Beschlussdatum: 04.10.2026
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

1 Die Sicherheitslage für queere Menschen, Einrichtungen und Organisationen in
2 Deutschland wird immer gefährlicher. Immer häufiger erleben queere Menschen
3 steigende Queerfeindlichkeit in Form von Beleidigungen, Hass und körperlichen
4 Übergriffen. Laut dem Bundesministerium für Inneres nahm die Zahl der
5 queerfeindlichen Straftaten 2025 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 15 Prozent
6 auf 3.364. Seit 2020 haben sie sich mehr als vervierfacht. Hinzu kommt ein
7 Dunkelfeld von schätzungsweise 80 bis 90 Prozent. Deutlich zugenommen haben auch
8 die Angriffe auf CSDs: So dokumentierte der Sicherheitsreport der Amadeu-Antonio
9 Stiftung im Jahr 2025 bei fast der Hälfte aller bundesweiten CSDs rechtsextrem
10 motivierte Störaktionen und Gegendemonstrationen. Regionale Untersuchungen, z.B.
11 der Agentur für Aufklärung und Demokratie über Prides in Sachsen, dokumentierten
12 körperliche Übergriffe durch rechte Gegenmobilisierungen bei 12 von 17 CSD-
13 Demonstrationen. Auch queere Einrichtungen werden immer häufiger Zielscheibe von
14 Angriffen: Allein in Berlin zählte die Fachopferstelle MANEO 58 solcher Fälle.
15 Am 25. Juli 2026 zeigte sich dieses Gewaltpotenzial in seiner schlimmsten Form,
16 als auf dem CSD Berlin ein islamistischer Terroranschlag verübt wurde, bei dem
17 eine Frau starb und 31 Personen verletzt wurden. Dieser Tag markiert eine Zäsur
18 für die queeren Communities. Ein Tag, an dem Menschen für Vielfalt,
19 Selbstbestimmung und queere Sichtbarkeit auf die Straße gingen und queeres Leben
20 feierten, endete in tödlicher queerfeindlicher Gewalt.
21 In den Tagen danach wurden Sicherheit und Konsequenzen versprochen, die die
22 Situation für queere Menschen verbessern sollten. Stattdessen folgte aber ein
23 öffentlicher Diskurs, der die queeren Ziele und Opfer dieses Anschlags
24 ausblendete. Das Leid queerer Menschen und echte Maßnahmen zu ihrer Sicherheit
25 hatten für viele keine Priorität. Anstatt Stimmen aus den Communities sichtbar
26 zu machen und uns zuzuhören, wurde der Anschlag instrumentalisiert: für mehr
27 Überwachung, populistische Forderungen und rassistische Hetze. Das ist keine
28 Politik der Sicherheit. Sie verschiebt nur die Gewalt.

29 Auch unser Gedenken wurde zum Ziel weiteren Hasses: Die Regenbogenbank sowie der
30 neu gepflanzte Baum - Orte zum Gedenken an die Opfer des Anschlages - wurden
31 zerstört und mussten mit mehr Schutzmaßnahmen erneut aufgebaut werden.
32 Wir sagen klar: Der Anschlag auf den CSD Berlin war kein Angriff "auf uns alle",
33 sondern ein expliziter Angriff auf die queeren Communities! Es sollten gezielt
34 Teilnehmende des CSDs und ein Safe Space für queere Vielfalt angegriffen werden.
35 Diese erschreckende Spitze der zunehmenden Queerfeindlichkeit macht auf
36 drastische Weise deutlich, dass es jetzt eine entschlossene, solidarische
37 Politik braucht, die queere Sicherheit und Freiheit wirksam, dauerhaft und
38 strukturell stärkt!

39 Dafür braucht es vor allem konsequentes politisches Handeln! Dieses muss auf den
40 Forderungen der queeren Communities basieren und nicht als Instrument genutzt

werden, um Überwachung, Misstrauen und rechtsextreme Positionen zu rechtfertigen. Zudem muss eine politische Reaktion auf steigende Queerfeindlichkeit immer intersektional gedacht sein und berücksichtigen, dass LGBTQIA+-Personen verschiedene Diskriminierungsformen erleben, die über die Identifikation als queer hinausgehen, etwa Migrations-, oder Rassismuserfahrungen, antisemitische oder Sinti- & romafeindliche Zuschreibungen, chronische Erkrankungen, Behinderungen oder ökonomischer Status. Genauso müssen wir bei den rassifizierten Tätern nicht nur über Herkunft und Religion reden, sondern viel stärker auch über Männlichkeit, Klasse und darüber, was es mit Menschen macht, in einer Gesellschaft aufzuwachsen, die einem immer wieder deutlich zeigt, dass man nicht dazu gehört.

Als Dachstruktur QueerGrün fordern wir:

1. Umsetzung und Fortführung des Aktionsplans "Queer leben": 14 Arbeitsgruppen haben umfangreiche Empfehlungen erarbeitet, unter anderem um mehr Sicherheit für queere Menschen zu gewährleisten. Diese Empfehlungen müssen jetzt zurück auf die politische Agenda gesetzt und konkret umgesetzt werden. Der Aktionsplan muss fortgesetzt und weiterentwickelt werden, um der Zunahme queerfeindlicher Hetze und Gewalt entgegenzutreten und queeres Leben in all seinen Facetten zu fördern.
2. Eine langfristige, auch finanzielle, Förderung queerer Schutzräume: Aus den queeren Communities heraus existiert ein breites Angebot an Beratungs-, Aufklärungs- und Vernetzungsstrukturen, um Betroffene queerfeindlicher Gewalt zu unterstützen. Diese müssen in ihrer Arbeit und ihrem Fortbestehen geschützt werden! Das schließt Beratungs- und Empowermentstrukturen wie das Jugendnetzwerk Lambda, Aufklärungsprojekte, sowie queere Freizeit- und Kulturangebote, die wichtige Safe Spaces darstellen, ein. Wir stellen uns gegen die Kürzungspolitik der Bundesregierung, die wichtigen Projekten, Initiativen und CSDs die Gelder streicht und fordern den Erhalt bestehender Strukturen sowie die Förderung neuer Projekte, gerade für queere Menschen im ländlichen Raum. Die Bundesländer und Kommunen fordern wir auf, die zunehmende Verdrängung von Orten queeren Lebens wirksam zu bekämpfen. Das Programm "Demokratie leben!" darf nicht weiter gekürzt, sondern muss ausgebaut werden.
3. Queere Rechte ins Grundgesetz: Wir fordern die explizite Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um die sexuelle und geschlechtliche Identität. Noch immer sind queere Menschen die einzige vom Nationalsozialismus systematisch verfolgte Gruppe, die nicht explizit durch die Verfassung geschützt ist. Das muss sich endlich ändern!
4. Bildung und Prävention: Wir fordern eine Festlegung in Bildungsplänen, dass in Schulen eine Aufklärung über queere Lebensrealitäten erfolgt. Queere Schüler*innen sollen sich im Bildungssystem sicher fühlen und ohne Angst ihre Identität finden können. Programme der Extremismusprävention müssen ausgebaut und vor allem queerfeindliche Ideologien in den Blick nehmen. Projekte der queeren Bildung sowie queere Jugendeinrichtungen müssen in allen Bundesländern und Kommunen gefördert werden und für alle Kinder und Jugendlichen bundesweit zugänglich sein.
5. Bundesweite Strategie zur Pride-Sicherheit: Wir setzen uns ein für die Erarbeitung, Durchführung und Evaluation einer bundesweiten Strategie für die Sicherheit von LGBTQIA+ insbesondere während der Pride-Saison. CSDs sind als politische Demonstration Ausdruck des Kampfes um queere Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Sie fungieren gleichzeitig als wichtige Safe Spaces, gerade für queere Menschen, die im Alltag sonst nicht offen und sichtbar queer leben können. Diese Räume müssen sicher sein und dürfen nicht zunehmender Bedrohung

92 ausgesetzt sein.

93 6. Klare Benennung der Gefahren: Die Bedrohungen für queeres Leben in
94 Deutschland sind vielfältig und reichen von rechtsextremen Mobilisierungen über
95 christlich-fundamentalistische Gruppen bis hin zu islamistischen Bedrohungen.
96 Wir sagen ganz klar, dass Queerfeindlichkeit immer entschieden bekämpft werden
97 muss, egal welche Motivation dahinter steckt. Wir müssen religiösen und
98 politischen Extremismus und Queerfeindlichkeit klar benennen, ohne Muslim*innen
99 damit gleichzusetzen, nach den Bedingung solcher Taten fragen, ohne sie zu
100 entschuldigen. Gleichzeitig ist auch klar, dass die größte Bedrohung für queeres
101 Leben in Deutschland vom Rechtsextremismus ausgeht. Der Umstand, dass eine
102 rechtsextreme und offen queerfeindliche Partei droht, in mehreren Bundesländern
103 und perspektivisch auch auf Bundesebene Regierungsverantwortung zu übernehmen,
104 erhöht diese Gefahr nochmals deutlich.

105 7. Sicherheit für alle: Wir setzen uns dafür ein, dass queere Sicherheit nicht
106 auf dem Rücken anderer marginalisierter Gruppen erkämpft wird. Wir stellen uns
107 gegen die Instrumentalisierung von Queerfeindlichkeit und dem Anschlag auf den
108 CSD Berlin durch eine rassistische, menschenfeindliche Politik, die sich gegen
109 migrantisierte Menschen richtet. Wir stehen an der Seite aller queeren
110 Communities und insbesondere auch der migrantisierten queeren Communities, die
111 multipler Diskriminierung ausgesetzt sind.

112 Quellen:

113 Bundesministerium für Inneres (2026), Bundesweite Fallzahlen 2025 Politisch
114 motivierte Kriminalität

115 Link:

116 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/->
117 -

118 BMI26013-factsheet2025.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen am 21.09.26)

119 Amadeu Antonio Stiftung (2025), Angriffe auf CSDs erreichen 2025 Rekordniveau.

120 Link: [https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/angriffe-auf-csds-erreichen-2025-](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/angriffe-auf-csds-erreichen-2025-rekordniveau-151491/)
121 [rekordniveau-151491/](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/angriffe-auf-csds-erreichen-2025-rekordniveau-151491/) (abgerufen am 18.09.26)

122 Agentur für Aufklärung und Demokratie (2026), Sichtbarkeit und Sicherheit. Die
123 Auswirkungen rechter Gegenmobilisierungen auf Pride-Teilnehmende in Sachsen.

Einfache Sprache

124 In Deutschland wird es für queere Menschen, Einrichtungen und Organisationen
125 immer gefährlicher. Sie werden häufiger beleidigt, bedroht oder angegriffen. Und
126 Expert*innen gehen davon aus, dass die meisten Fälle nicht gemeldet werden.
127 Diese Gefahr zeigt sich auch bei queeren Protesten, den Christopher Street Days.
128 Letztes Jahr ist fast die Hälfte aller Christopher Street Days in Deutschland
129 durch Rechtsextremist*innen gestört worden. Am 25. Juli 2026 ist ein sehr
130 schlimmes Ereignis passiert: auf dem Christopher Street Day in Berlin ist eine
131 Person gezielt in die Menschenmenge gefahren und hat diese dann noch
132 angegriffen. Dabei ist eine Frau gestorben. 31 Menschen sind verletzt worden.
133 Ein Tag, an dem Menschen Vielfalt feiern wollten, endet in Gewalt.

134 Danach wurden Versprechen gemacht: Die Sicherheit für queere Menschen sollte
135 besser werden. Doch das ist nicht passiert. Statt den Personen zuzuhören, wurde
136 der Anschlag für rechte Forderungen nach mehr Überwachung und für rassistische

137 Hetze genutzt. Das ist keine gute Politik. Sie löst das Problem nicht. Sie
138 verschiebt nur die Gewalt.

139 Auch unser Gedenken wurde angegriffen: Eine Bank in den Farben des
140 Regenbogenfarbens und ein Baum für die Opfer wurden wiederholt zerstört.

141 Wir sagen klar: Der Anschlag war kein Angriff "auf alle". Er war ein gezielter
142 Angriff auf queere Menschen. Deshalb brauchen wir jetzt eine starke Politik.
143 Diese Politik muss queere Sicherheit und Freiheit wirksam, dauerhaft und
144 grundlegend stärken. Dabei muss die Sicht der Betroffenen berücksichtigt werden.

145 Es darf nicht genutzt werden, um mehr Überwachung zu rechtfertigen und
146 rechtstextreme Positionen zu stärken.

147 Eine politische Reaktion auf diese Handlung muss auch alle Diskriminierungen
148 beachten. Dazu zählt zum Beispiel Rassismus, Antisemitismus,
149 Behindertenfeindlichkeit und Armut. Bei den Tätern müssen wir nicht nur über
150 Herkunft und Religion sprechen. Wir müssen auch über Männlichkeit, Klasse und
151 Ausgrenzung sprechen.

152 Wir fordern:

153 1. Aktionsplan "Queer leben" umsetzen und weiterführen: Viele Arbeitsgruppen
154 haben Empfehlungen erarbeitet. Diese sollen mehr Sicherheit für queere Menschen
155 bringen. Sie müssen jetzt umgesetzt werden

156 2. Queere Schutzräume langfristig fördern: Es gibt viele Beratungs-,
157 Aufklärungs- und Vernetzungsangebote für queere Menschen. Diese müssen
158 geschützt und finanziert werden. Wir sind gegen die Kürzungen der
159 Bundesregierung. Auch müssen neue Projekte gefördert werden, besonders im
160 ländlichen Raum. Das Programm "Demokratie leben!" darf nicht gekürzt werden. Es
161 muss eher ausgebaut werden.

162 3. Queere Rechte ins Grundgesetz aufnehmen: Im Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3
163 soll die sexuelle und geschlechtliche Identität ergänzt werden. Queere Menschen
164 waren im Nationalsozialismus systematisch verfolgt. Sie sind aber die einzige
165 Gruppe, die nicht im Grundgesetz geschützt ist. Das muss sich endlich ändern!

166 4. Bildung und Prävention: In Schulen muss es Aufklärung über queeres Leben
167 geben. Queere Schüler*innen sollen sich sicher fühlen und ohne Angst ihre
168 Identität finden. Programme gegen Extremismus müssen ausgebaut werden. Sie müssen
169 sich besonders gegen queerfeindliche Menschenbilder richten. Projekte für queere
170 Bildung und queere Jugendeinrichtungen müssen in allen Bundesländern gefördert
171 werden. Sie müssen für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich sein.

172 5. Bundesweite Strategie für die Sicherheit queerer Veranstaltungen: Wir
173 benötigen eine bundesweite Strategie für die Sicherheit von queeren Menschen.
174 Christopher Street Days sind mehr als politische Demonstrationen: sie sind auch
175 wichtige sichere Räume für queere Menschen. Deswegen muss dort die Sicherheit
176 gewährleistet sein.

177 6. Gefahren klar benennen: Die Bedrohungen für queere Menschen in Deutschland
178 sind vielfältig. Sie kommen von verschiedenen Gruppen. Queerfeindlichkeit muss
179 immer bekämpft werden, egal woher sie kommt. Wir müssen auch die Ursachen
180 solcher Taten untersuchen, ohne sie zu entschuldigen. Gleichzeitig ist uns

181 bewusst: die größte Bedrohung kommt vom Rechtsextremismus. Die Gefahr nimmt
182 weiter zu. Auch durch die Machtzunahme der AfD.

183 7. Sicherheit für alle: Queere Sicherheit darf nicht auf Kosten anderer
184 benachteiligter Gruppen gehen. Wir sind gegen eine Instrumentalisierung von
185 Queerfeindlichkeit. Wir stehen an der Seite aller queeren Menschen. Das schließt
186 auch migrantisierte queere Menschen mit ein.